

# vorwärtsBERLIN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BERLIN



## Wir wollen den Menschen in der Stadt etwas zurückgeben

**U**nser Berlin entwickelt sich dank sozialdemokratischer Politik zur führenden, lebens- und liebenswerten Metropole. Das belegt die Entscheidung zehntausender Menschen pro Jahr, in unsere Stadt zu ziehen und hier leben zu wollen. Obwohl das real verfügbare Einkommen etwa durch Mietbelastungen sinkt, sind wir deutschlandweit wirtschaftlich in einer Spitzenposition. Um die Relation zwischen dem verfügbaren Familieneinkommen und dessen Belastung zu verbessern, müssen wir neben dem Bau bezahlbarer Wohnungen auch das verfügbare Einkommen erhöhen.

Wir wollen den Menschen in der Stadt etwas zurückgeben – als Anerkennung für ihre geleistete Arbeit und ihre Einkommensverzicht durch die Sparpolitik in der Vergangenheit.

Deshalb haben wir auf der Klausurtagung des Landesvorstandes mit einem Antrag die Diskussionsgrundlage für die weitere Beratung auf dem Landesparteitag geschaffen, der die Lebenssituation der Menschen verbessern wird. Einer der Kernpunkte des Papiers ist die Angleichung des Mindestlohns auf ein altersarmuttsfestes Niveau, damit man auch im Alter von seiner eigenen Leistung leben kann. Erreichen können wir dies etwa durch eine Änderung des Vergabe- bzw. des Landesmindestlohngesetzes.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die deutliche Verbesserung der Einkommen für die Tarifbeschäftigten und Beamtinnen und Beamten des Landes Berlin und der Bezirke. Um den Attraktivitätsvorsprung mit Bundesbehörden zu verringern, beabsichtigen wir, eine monatliche Berlin-Zulage von mindestens 150 Euro für den öffentlichen Dienst einzuführen. Von diesem Festbetrag würden vor allem die unteren Einkommensgruppen überproportional profitieren.

Durch diesen Strategiewechsel werden größere Teile der Berliner Bevölkerung als bisher vom Wirtschaftswachstum profitieren. Durch erfolgreiche Personalgewinnung und attraktive Arbeitsbedingungen schaffen wir zudem eine gute und funktionsfähige Verwaltung, die wir in unserer wachsenden Metropole dringend brauchen.

**Euer  
Michael Müller**



Unter dem Claim „Unteilbar“ demonstrierten am 13. Oktober mehr als 240.000 Menschen für ein weltoffenes Deutschland und gegen rechte Hetze. Auch die Berliner SPD hatte zur Demo aufgerufen. Unter dem Teilnehmenden waren viele Genossinnen und Genossen aus Berlin und dem Umland.

## NEUES RECHT AUF ARBEIT

### Pilotphase zum Solidarischen Grundeinkommen

**R**ot-Rot-Grün will 2019 ein Pilotprojekt für das Solidarische Grundeinkommen (SGE) in der Hauptstadt starten. 1.000 geförderte Arbeitsplätze sollen entstehen.

Ziel des Pilotprojektes ist es, Langzeitarbeitslosen jenseits von Hartz IV eine Beschäftigungsperspektive anzubieten. Bei diesem „neuen Recht auf Arbeit“ erhalten Arbeitslose nach Ablauf des Arbeitslosengeldes I statt Hartz IV ein freiwilliges Angebot für eine unbefristete, voll sozialversicherte Beschäftigung im sozialen Arbeitsmarkt. „Die Digitalisierung bietet Chancen für Arbeit und Wirtschaft. Wir müssen sie aber sozial gestalten. Dazu gehört für mich auch, andere Instrumente für eine neue soziale Agenda als Alternative zum Hartz-IV-System zu entwickeln“, so der Regierende Bürgermeister und SPD-Landesvorsitzende Michael Müller.

In Berlin wurde Ende September den wichtigsten Verbänden, Sozialpartnern und sozialen Organisationen vorgestellt, wie ein Berliner SGE-Pilotprojekt 2019 umgesetzt werden kann. Die Entlohnung erfolgt dabei auf Grundlage von bestehenden Tarifverträgen oder, wo es keine gibt, auf Basis des Landesmindestlohns. Zu den Tätigkeiten bei kommunalen

Unternehmen, Trägergesellschaften oder in staatlichen Behörden können Mobilitätshilfedienste, unterstützende Tätigkeiten für Alleinerziehende oder ältere Menschen im Haushalt, Besuchsdienste in Pflegeheimen, Concierge-Dienste bei landeseigenen Wohnungsgesellschaften oder Assistenz-Tätigkeiten in Kitas und Schulhorten gehören. Natürlich darf dabei keine reguläre Arbeit verdrängt werden und generell bleibt Priorität, Arbeitslose in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Der Senat hofft, dass andere Städte dem Beispiel folgen und sich mit eigenen Pilotprojekten anschließen – fünf Projekte mit 5.000 Arbeitnehmern wären eine gute Größe. Diese sollen wissenschaftlich begleitet und evaluiert werden. Berlin macht sich bereits jetzt auf den Weg.

Bis zur zweiten SGE-Konferenz Anfang 2019 werden die Sozialpartner, Verbände, wichtige Institutionen – wie die Arbeitsagentur und Anbieter von SGE-Arbeit – in Arbeitsgruppen Tariffragen, Jobprofile und mögliche Förderkulissen klären. Der Anspruch bleibt: Das Solidarische Grundeinkommen soll im Konsens mit den wichtigsten Partnern umgesetzt werden. Damit es am Ende eine breite gesellschaftliche Akzeptanz erhält. ■ **chb**

# „HALBTAGS FÜR ALLE“

Interview mit Geschlechterforscherin Lisa Haller zur Wirkung der neuen Familienpolitik

**Frau Haller, in Ihrer Untersuchung kommen Sie zu dem Ergebnis, dass die Elternzeit mit Umdeutungen in der Paarbeziehung einhergeht. Wie sind Sie zu dieser Erkenntnis gelangt?**

Ich habe die Wirkung der neuen Familienpolitik untersucht. In Rückgriff auf eine Gesetzesanalyse wurden auf der Makroebene selektive Anreizmechanismen der neuen Familienpolitik deutlich. Je nach Einkommenssituation der Familien ziehen familienpolitische Leistungen unterschiedliche Konsequenzen nach sich. Während einkommensstarken Familien nach wie vor eine Wahlfreiheit zugestanden wird, die wohlfahrtsstaatlich flankiert wird, zielt die neue Familienpolitik hinsichtlich der Arbeitsteilung in einkommensschwachen Familien auf eine Aktivierung beider Elternteile in den Arbeitsmarkt.

**Warum diese Unterscheidung?**

Familienmodelle, in denen ausschließlich der Vater erwerbstätig ist, während die Mutter zu Hause die Arbeit alleine bewältigt, um dann infolge einer Scheidung von Armut betroffen zu sein, sind politisch nicht mehr gewünscht. Mütter sollen erwerbstätig sein – am besten Vollzeit. Aber die Arbeit, die Frauen früher geleistet haben, ist nicht verschwunden. Die Forcierung einer eigenverantwortlichen Eingliederung in den Arbeitsmarkt assoziiert ein aktives Selbst, das aber in einem Widerspruch zu dem Autonomieverlust steht, den Eltern bei der Familiengründung erleben. Ihre Handlungen sind durch die Versorgung eines abhängigen Kindes maßgeblich fremdbestimmt. Individuell ist es den befragten Eltern nicht möglich, diese Widersprüche aufzulösen.

**Welche Konsequenzen hat das für die Paarbeziehung?**

Sie wird zu einer Arena von Umdeutungen. Nach der Geburt des gemeinsamen Kindes schreibt das Umfeld und der Arbeitgeber die Kindesfürsorge nach wie vor den Müttern zu. Daraus folgt eine Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt. Beispielsweise werden die Frauen nach der Ausbildung nicht übernommen etc. Die Betroffenen empfinden eine starke Ohnmacht. Aus diesem Gefühl heraus, generieren sie Handlungsmacht, indem sie das Arrangement mit den Verhältnissen als eigene Wahl umdeuten. Zusätzlich kommen die Mütter zu dem Schluss, dass eigentlich die Väter diskriminiert werden.

**Warum das denn bitte?**

Weil die Väter mehr verdienen und die Familie ernähren und so auf die Elternzeit verzichten müssen. Diese Sicht-



**Dr. Lisa Yashodhara Haller** arbeitet als Postdoc am Institut für Sozial- und Organisationspädagogik (SOP) der Stiftung Hildesheim. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Familien-, Geschlechter- und Sozialpolitik. Haller lebt in Berlin.



Es wird heute als persönliche Wohltat angesehen, sich um seine Kinder kümmern zu dürfen



weise ist zugleich Ausdruck eines gesellschaftlichen Umbruchs, in der es als persönliche Wohltat angesehen wird, sich um seine Kinder kümmern zu dürfen.

**Beim Innovationsforum „Die Zukunft ist weiblich“ der Berliner SPD sprachen Sie davon, dass die Arbeitsteilung von Eltern auf dem Land häufig de facto egalitärer ist als in den Großstädten ...**

Im ländlichen Raum verhalten sich Väter oft anders. Sie sind tatsächlich mehr an der Fürsorge beteiligt. Das könnte damit zu tun haben, dass in den Dorfgemeinschaften Väter Anerkennung dafür bekommen, wenn sie sich mit ihren Kindern offen zeigen.

**Auf dem Innovationsforum wurde klar: Das zentrale Problem der Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt ist die Frage: Wohin mit der Haushalts- und Care-Arbeit? Haben Sie dafür eine Lösung?**

Ich halte das für das zentrale Strukturproblem unserer Wirtschaft. Da Fürsorge häufig in abhängigen Lebenslagen benötigt wird, ist sie in der Verwertungslogik unserer Wirtschaft nicht profitabel. Frauen, die innerhalb unserer Gesellschaft diese Aufgaben überwiegend übernehmen, sind deshalb häufig von Altersarmut bedroht. Eine zentrale Stellenschraube ist eine qualitativ hochwertige kostenlose Kindertagesbetreuung.

**Verschiedene Studien bestätigen, dass Frauen eine Tätigkeit wollen, in der sie sich sinnhaft entfalten können. Sie wollen Kinder, aber nicht, wenn sie sich nicht um sie kümmern können. Wie müsste sich der Arbeitsmarkt für Frauen deshalb verändern?**

Das Problem ist doch, dass sich die Übernahme von Fürsorge durch Männer nicht in derselben Weise verallgemeinert hat wie die Erwerbstätigkeit für Frauen. Halbtags für alle erscheint mir

hier als Lösungsweg. Wir müssten konsequenter den Weg weitergehen, den die Bundesregierung mit dem Elterngeld plus bereits eingeschlagen hat. Ein Beispiel: In Skandinavien ist um 16 Uhr in der Regel kein Mensch mehr im Büro. Mehrarbeit ist dort gesellschaftlich nicht anerkannt.

**Scheinbar gibt es unter jungen, beruflich erfolgreichen Frauen eine neue Begeisterung für das Leben als Hausfrau. Wie bewerten Sie diesen Trend?**

Sehr nachvollziehbar. Sich für die Regeneration der Liebsten begeistern zu können, bedeutet sich an einem bestimmten Punkt zu fragen, worauf es im Leben ankommt. Wenn wir eines Tages auf unser Leben zurückblicken, wird keiner von uns denken: Mist, ich habe zu wenig gearbeitet.

**Allerdings beschränkt sich dieser Erkenntnisgewinn bisher fast ausschließlich auf die Frauen ...**

Männer fantasieren ebenso von weniger Arbeit, sie trauen sich nur weniger als Frauen, diese Fantasien umzusetzen. Das hat damit zu tun, dass es Frauen gesellschaftlich eher zugestanden wird. Würden sich Männer mehr trauen, würden wir zu einer bedürfnisorientierteren Gesellschaft kommen, die die soziale Ungleichheit zwischen den Geschlechtern verringert.

**Welches Fazit ziehen Sie noch aus dem Innovationsforum?**

Dass die Sozialdemokratie nicht mehr ausschließlich dem Ideal der männlichen Erwerbsbiografie nachhechtet. Analog zum Veranstaltungslogan „Die Zukunft ist weiblich“ wird sich die weibliche Lebensrealität verallgemeinern und in nicht ferner Zukunft auch für Männer Leitbild sein.

■ Fragen: Chr. Bauermeister



# GRUNDGESETZÄNDERUNG NÖTIG

## Rettung des sozialen Wohnungsbaus

**W**ie können wir den sozialen Wohnungsbau in Deutschland voranbringen? In der Vergangenheit sind im Wohnungsbau eine Reihe von Fehlern begangen worden. Dazu gehörten der Verkauf von Wohnungsbaugesellschaften, die Veräußerung von Bundesimmobilien zu Höchstpreisen sowie der Abschied aus dem Sozialen Wohnungsbau.

### VERBILLIGTE VERÄUSSERUNG AN KOMMUNEN ERWEITERT

Gerade wir Berliner SPD-Abgeordneten setzen uns seit Langem für eine neue Liegenschaftspolitik des Bundes ein. Erste Erfolge konnten wir in der letzten Periode verzeichnen, in der wir Privatisierungen stoppten und Vergünstigungen für Kommunen durchsetzen.

Eine Änderung des BImA-Gesetzes können wir in der Groko zwar nicht erreichen. Aber immerhin ist es nun mit Finanzminister Olaf Scholz gelungen, die Möglichkeit zur verbilligten Veräu-



**Swen Schulz ist seit 2002 Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Spandau-Charlottenburg-Nord. Er ist Mitglied im Haushaltsausschuss.**

ßerung an Kommunen zu erweitern. Mit der Neubesetzung der BImA-Führung sollten wir endlich die Möglichkeiten (die bei gutem Willen faktisch schon in den letzten Jahren bestanden) nutzen können, damit auch Berlin zu vernünftigen Preisen Liegenschaften erwerben und sozial nutzen kann.

Darüber hinaus wollen wir den sozialen Wohnungsbau retten. Dazu wollen wir das Grundgesetz ändern, um die Länder und die Gemeinden bei der Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch den Bund besser zu unterstützen. 2019 plant der Bund übrigens 1,5 Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau ein. Weiterhin wollen wir die Preisspirale bei den Mieten durchbrechen.

### MIETENSTOPP FÜR FÜNF JAHRE

Kernpunkt dabei ist ein Mietenstopp, also die Begrenzung von Mieterhöhungen für fünf Jahre auf den Inflationsausgleich in Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten.

Es gibt einige Bereiche, in denen die Bürger – zu Recht – erwarten, dass die öffentliche Daseinsvorsorge funktioniert: etwa in Gesundheit und Pflege, Verkehr, Bildung, soziale Sicherheit und eben auch bei den Wohnungen. Nur wenn die Sozialdemokratie in Regierungsverantwortung an diesen Stellen erkennbar liefert, kann sie Vertrauen zurückgewinnen – und letztlich die parlamentarische Demokratie insgesamt. Darum ist das Engagement hier so unglaublich wichtig. ■ **Swen Schulz**

## VORWÄRTS KULTURTIPP

„Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus – und Ihr könnt sagen, Ihr seid dabei gewesen.“ Die Worte des guten Goethe nach der in Vergessenheit geratenen Kanonade von Valmy im Jahr 1792 müssen wir in der Rückschau relativieren. Niemand, der bei einem historischen Ereignis dabei ist, ahnt bereits in diesem Moment, dass sich da Weltgeschichte abspielt. Aber Dabeisein ist die Quelle für mannigfaltige Erinnerungen, Emotionen, Lehren und Bewertungen. Genau darum geht es dem **rbb** mit seiner neuen **Sendereihe „Berlin – Schicksalsjahre einer Stadt“**, die am 3. November startet und in der ersten Staffel jeweils am Samstag an bevorzugtem Sendeplatz um 20.15 Uhr als 90-Minuten-Folge ausgestrahlt wird. Die beiden ersten Folgen umfassen die Jahre 1961 und 1962. Neben dem reichen Archivmaterial aus den Beständen des SFB und des DDR-Fernsehens sind die Zeitzeugen in jeder Folge ein belebendes Element. Der **rbb** hat mit seinen Doku-Reihen bereits einige Erfahrungen und Erfolge. Doch die „Schicksalsjahre“ sind eine Chronik der Superlative: 30 mal 90 Minuten, Jahr für Jahr von 1961 bis 1990, Berlin Ost und West in drei Staffeln à zehn Folgen. Projektleiter Johannes Unger hat Recht, wenn er feststellt: „In Berlin haben sich deutsche Geschichte und Weltpolitik wie unter dem Brennglas gebündelt. Insofern sind die „Schicksalsjahre“ – hoffentlich – Geschichtsunterricht im besten öffentlich-rechtlichen Sinne.“ ■ **A. Kulpok**

### IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
SPD-Landesverband  
Berlin, Anett Seltz  
(V.i.S.d.P.)  
**Redaktion:**  
Christina Bauermeister  
**Anschrift:**  
Müllerstr. 163  
13353 Berlin  
Tel.: 030-4692150  
Fax: 030-4692240  
Mail: vorwaerts@  
spd-berlin.de

## „EIN HOCHAKTUELLES BUCH“

Buchvorstellung „Neu beginnen“ und die Berliner SPD nach 1945

**L**eider sei das Buch für sie 40 Jahre zu spät gekommen, sagte eine der Teilnehmerinnen der Buchvorstellung des Werkes von Tobias Kühne, in dem der Historiker ausführlich die Hintergründe des konspirativen „Geheimbundes“ „Neu beginnen“ beleuchtet, dessen Protagonisten bis 1968 wichtige Funktionen in der Berliner SPD inne hatten.

Ende September war der Autor Tobias Kühne für eine Buchvorstellung ins Kurt-Schumacher-Haus gekommen. Der SPD-Landesvorsitzende und Regierende Bürgermeister Michael Müller würdigte das Werk als ein „hochaktuelles Buch“. Es zeige unter anderem auf, wie sich die Linke gemeinsam gegen die Feinde der Demokratie organisieren müsse. „Die Geschichte setze einen guten Rahmen für künftige politische Auseinandersetzungen“, so Müller weiter. ■ **chb**



Michael Müller (l.) bei der Buchvorstellung. Auf dem Podium sitzen der Historiker Siegfried Heimann (M.) sowie Buchautor Tobias Kühne.

UNSERE ZUKUNFT: MODERN UND SOZIAL

INNOVATIONS  
FORUM

zum Thema  
**Pflege**

Weitere Informationen:  
[www.spd.berlin/  
forum-pflege](http://www.spd.berlin/forum-pflege)

u. a. mit

**Dilek Kolat**  
Senatorin für Gesundheit,  
Pflege und Gleichstellung

**Michael Müller**  
Landesvorsitzender  
der SPD Berlin

**Freitag,  
30. November 2018  
18.00 Uhr · Einlass 17.30 Uhr**  
**Willy-Brandt-Haus**  
Wilhelmstraße 140 · 10963 Berlin

Wir bitten um **Anmeldung** unter  
[www.spd.berlin/forum-pflege](http://www.spd.berlin/forum-pflege)



## Projektgruppe zur Verwaltung

**D**er Landesvorstand der Berliner SPD hat eine eigene Projektgruppe zur Zukunft der Berliner Verwaltung einberufen. Diese soll die Ergebnisse der vom Senat eingesetzten Expertengruppe zur Verbesserung der gesamtstädtischen Verwaltungssteuerung bewerten und diese auf deren Umsetzbarkeit prüfen.

Der Bericht der Projektgruppe soll dem Landesvorstand vorgestellt werden und wird danach in Form eines Leitantes auf dem Landesparteitag Ende März 2019 eingebracht. ■ **vwb**

## Petra Nowacki wiedergewählt

**A**uf der Bundeskonferenz der SPDqueer – Arbeitsgemeinschaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung – wurde die Schönebergerin Petra Nowacki Mitte Oktober erneut zur Bundesvorsitzenden gewählt. Dazu erklärte Generalsekretär Lars Kingbeil: „Die SPDqueer hat in den vergangenen Jahren viel erreicht im Kampf für die Einführung der Ehe für alle und die Gleichberechtigung LSBTIQ\*. Diese Anliegen sind gerade in Zeiten, in denen Rechtspopulismus immer stärker wird, extrem wichtig (...).“ ■ **vwb**



**16. / 17. NOVEMBER 2018 · MARITIM HOTEL  
STAUFFENBERGSTRASSE 26 · 10785 BERLIN**

Alle Infos  
und Anträge auf  
[www.parteitag.  
spd.berlin](http://www.parteitag.spd.berlin)